

EDITORIAL



❖ Bei der Linkspartei spricht vieles dafür, dass sie nicht nur für den Augenblick erfolgreich mobilisieren kann, sondern auf Dauer die Fünf-Prozent-Hürde bei Bundestags- und auch bei Landtagswahlen im Westen überspringen kann. Die Folge wird sein, dass unser bisheriges Vierparteiensystem im Bundestag und in den Landtagen zu einem Fünfparteiensystem mutiert, mit allen Konsequenzen für Regierungsbildungen.

Was hat zum demoskopischen Höhenflug der Linkspartei auch im Westen geführt? Es ist wohl die Paarung des demagogischen Talents von Lafontaine mit einer für linke Parteien neuen Infrastruktur, die von enttäuschten Gewerkschaftlern und Gewerkschaftsteilen gestellt wird.

Diese Paarung mobilisiert altlinke Utopisten neu. Sie mobilisiert aber auch solche, die glauben, Verlierer der politisch-ökonomischen Entwicklung zu sein, und solche am rechten Rand, die vom starken Mann träumen und einem obrigkeitstaatlichen Syndrom verfallen sind.

Lafontaine ist ein hemmungsloser Demagoge, der sein Auftreten ideologisch aufzuladen versteht. Er verkündet den Systemwechsel mit der Formel „Freiheit durch Sozialismus“ und hat im Wesentlichen jedoch nur drei Themen zu variieren: weg mit der Rente ab 67, weg mit Hartz IV und raus aus Afghanistan. Er will den Systemwechsel in Richtung Sozialismus für ganz Deutschland, er respektiert und bewundert südamerikanische Halb- oder Dreivierteldiktatoren vom Schlag eines Evo Morales (Bolivien) und Hugo Chávez (Venezuela), und er fährt wiederum wie 1988 zu Castro nach Kuba.

Das Bedenkliche ist, dass Lafontaine auch hemmungslos das Potenzial politischer Verführbarkeit besonders in der bisherigen

Nichtwählerschaft anpeilt. Er verhilft damit extremistischen Meinungen und Strömungen zu einer indirekten Legitimation. Das Gras am rechten Rand ist von ihm gewollt mit der Scheinbegründung, es sei besser, wenn Leute den linken Rand wählen als den rechten.

All dies darf nicht den Blick dafür verstellen, dass die aufstrebende Linkspartei in erster Linie ein Problem der SPD und in zweiter Linie der Grünen ist. Beide Parteien verlieren am meisten an die neue Linke. Die SPD wird in den Umfragen in die Festung unter dreißig Prozent zurückgedrängt, die Grünen können trotz Umwelt- und Oppositionsbonus nicht wirklich aufblühen. Und die Gewerkschaften scheinen inzwischen die Gefahr zu ahnen, durch zu enge Verbindung mit der Linkspartei ins politische Sektierertum abzugleiten. Die klare Auseinandersetzung und Abgrenzung ist als Erfolgskonzept neu zu entdecken.

Aber auch die Union ist tangiert, nicht nur durch den bekannten Umstand, dass das Schwächeln der einen Volkspartei auch die andere mit Phasenverschiebung durchschüttelt. Die Union muss ihrerseits die Linkspartei offensiv angehen. Ihre Klientel würde es nicht verstehen, wenn die Herausforderung durch den geforderten Systemwechsel in Richtung Sozialismus ohne eigene Antwort bliebe. Vielleicht gehört es auch zur Dialektik politischer Auseinandersetzung, dass das verärgert-sorglose Unionspotenzial, das zunehmend bei Wahlen zu Hause geblieben ist, wieder zur Wahlurne zurückfindet und so erneut eine bürgerliche Koalition möglich wird. ❖

he. Goro